

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72755](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72755)

Der Ammerländer

(Zweispäcker Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postzuschüsse und Postbefreiungen nehmen Verfassungen entgegen. Wagnisgebühr für die einseitige Kleinanzeige (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Postgebiet Oldenburg 20 Pf., für außerhalb des Postgebietes wohnende 25 Pf. Reklamen kosten 75 Pf. die Zeile. Kleinanzeigen bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Die Rückgabe unverlangt eingeschalteter Geschäftsbriefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Bestellungen durch gerichtliche Mittel eingezogen werden müssen. — Nachschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 125

Westersfede, Sonnabend den 31. Mai 1919.

59. Jahrgang

Deutschlands Antwort.

In drei Wochen so ungefähr die gleiche Arbeit zu leisten, zu der das genaue Gegenteil der feindlichen Friedensunterhändler mitläuft ihren Vätern und Kommissionen ein gutes halbes Jahr gebraucht hat, bedeutet ganz gewiss eine hervorragende Leistung ersten Ranges. Aber niemand wird heutzutage Wert darauf legen, Fleißzeugnisse auszustellen. Worauf es einzig und allein ankommen kann und ankommen muß, ist die Frage, ob fruchtbarer Arbeit geleistet worden ist oder ob man sich im Schweiße seines Angesichts wieder einmal nur für den Papierkorb der Weltgeschichte bemüht hat. Das zu entscheiden ist nicht unsere Sache. Herr Wilson wird, im Verein mit Lord George, mit Clemenceau und Orlando, darüber zu befinden haben.

Die deutsche Friedensdelegation überreichte am Tage der Himmelfahrt in Versailles eine eingehend begründete Denkschrift gegen Inhalt und Geist der feindlichen Friedensbedingungen und läßt diese in Gegenentschläge ausmünden, die auf den im Waffenstillstandsvertrage von beiden Teilen feierlich besiegelten Willenshintergrund aufgebaut sind. Die Denkschrift bietet, kann nichts anderes bieten, als eine würdige Zusammenfassung aller der Gedanken und Überlegungen, die der Verfallener Vertrag gegen sich herausfordern mußte, weil er uns einen Frieden der Gewalt, der Verklammerung und dauernden Verhimmelung auferlegen will. Diesen mittelalterlichen Geist versucht sie totzuschlagen — mit den Waffen, die der Präsident der Vereinigten Staaten uns in überreicher Fülle zur Verfügung gestellt hat. Das für die deutschen Lesern damit nicht viel Neues mehr sagen kann, versteht sich von selbst; sind wir doch alle mehr oder weniger mit Willkommnen und Willkommenen geflutet worden bis zum Überdruß. Waren seine Worte, seine Verwendungen, unsere Gegnern nur halb so geläufig geblieben wie uns, es wäre wohl manchem anders gekommen. So aber muß die Denkschrift den Verfassern des Friedensvertrages mit großer Entschiedenheit vorhalten, daß darin keine Spur von einem Rechtsfrieden zu entdecken ist, obwohl wir auf einem solchen Vermöge eines unabweislich rechtsverbindlichen Abkommens mit den alliierten und assoziierten Völkern einen unerwünschten Anspruch besitzen. Stark merkwürdig wird die völlige Unberücksichtigung der tiefergehenden politischen Umwälzungen, die im Spätherbst 1918 sich in Deutschland vollzogen haben — ganz im Sinne der strengsten Grundsätze der Demokratie, für die doch unsere Feinde — angeblich — in den Krieg gezogen sind. Macht geht vor Recht, das ist der einzige Leitsatz unserer Gegner, während man immer behauptet hat und auch jetzt noch behauptet, die Gewalt im Völkerleben für alle Zeiten beizulegen zu wollen. Ob wir uns die Regelung der territorialen Fragen, der finanziellen oder wirtschaftlichen Friedensbedingungen anleihen, nirgends ist auch nur eine Spur von Rechtsgefühl zu entdecken, alles deutet auf die Wüste, das heißt die Volk zu vernichten. Die Schuldfrage wird mit einem Federstrich gelöst, obwohl Wilson selber anerkannt hat, daß sie nicht so einfach liege, daß vielmehr die Ursachen des Weltkrieges sich tief in dem dunklen Boden der Geschichte verorten. Und während wir uns die Wirtung des Volkes an seinen Zukunftsentwicklungen eben erst mit harter Hand gefestigt haben, kommt jetzt die Entente und will uns durch ihre „Wiederanmachungs-Kommission“ in die Willen für unabweisbare Zeiten auferlegen, ohne daß das deutsche Volk, seine parlamentarische Vertretung oder seine geistliche Regierung auch nur ein Wort mitzureden dürfte. Das bedeutet die volle Preisgabe unserer Unabhängigkeit, und die kann keinem Staate zugunsten werden. Der sterbenden Weltanschauung kapitalistischer und imperialistischer Tendenzen, die im Friedensbrot ihre letzten entsetzlichen Triumph feiern, stellt die Denkschrift schließlich das angeborene Recht der Völkern und Völker gegenüber, über dessen Reich der menschliche Staat sich entwickelt, das niederländische Volk sich bereit, die nordamerikanische Union ihre Unabhängigkeit errichtet, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Mit der Wahrung vor diesem angeborenen Recht erscheine eine Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt ist, nicht verstehbar.

Folgen die Gegenentschläge. Man sieht, eine maßvolle Sprache, würdig und bestimmt, aber ohne jeden herausfordernden Charakter. Das „Unannehmbar“ wird man in dem langen Schriftstück vergebens suchen, obwohl es in und zwischen den Zeilen überall mit Händen zu greifen ist. Werden die Sachgüter in Paris aber unsere Denkschrift und ihre Gegenentschläge „annehmbar“ finden? Demaskiert uns weit, das man darüber in Verhandlungen eintreten könnte? Die Hoffnung darauf ist gering, das müssen wir nur zu gut. Vielleicht wird auch der letzte Zweifel schon in wenigen Tagen von uns genommen sein.

Verst. Über die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Belgien ist eine Note in Vorbereitung. Fern. Von amerikanischer Seite verlautet, daß insgesamt 25 Mitglieder der amerikanischen Sachverständigenkommission für die Friedensdelegation ihre Anteile angesichts der wachsenden Unzufriedenheit mit den Friedensbedingungen zur Verfügung gestellt haben. Eisenstein. 400 französische Soldaten mußten wegen bolschewistischer Gesinnung durch Kolonialtruppen entwaffnet und isoliert werden.

Beginn der Verhandlungen mit Österreich.

Clemenceaus erste Note!

Namens der Entente hat Clemenceau an die österreichische Friedensdelegation eine Note gerichtet, in der es heißt:

„Der Rat der Hauptmächte der Verbündeten und Assoziierten wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages nächsten Freitag, 30. Mai, in St. Germain-en-Laye zur Überredung an die österreichische Delegation fertiggestellt sein wird. Jedoch werden die folgenden Fragen einer späteren Prüfung vorbehalten bleiben müssen: 1. Die Stärke der militärischen Kräfte, die in Zukunft in Österreich zu unterhalten sein werden. 2. Die Frage der Schadengutmachung und der Schulden.“

Diese zwei Fragen haben einen besonderen Charakter infolge des Falles des österreichischen Reiches in mehrere Teile. Dieser Verfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem Gesichtspunkte ihrer Räumlichkeit auf die Interessen und auf die Haltung dieser verschiedenen Teile notwendig.“

Politische Rundschau.

+ **Beschleunigung der Steuergehe.** Die württembergische Regierung hat an die Reichsregierung das dringende Verlangen gerichtet, die Fertigstellung und Verabschiedung der Gehele betreffend die Vermögensabgabe und sonstigen Steuern derart zu beschleunigen, daß sie sobald wie nur tendend möglich in Wirksamkeit treten.

+ **Koste und die Kriegsschuldigen.** Einem Demonstrationsszug von Kriegsschuldigen in Hamburg erklärte Klose: In der Nationalversammlung und in der Reichsregierung ist kein Wunsch, der nicht für die berechtigten Forderungen der Kriegsschuldigen volles Verständnis hat. Wenn jemand im neuen Deutschland ein Recht hat auf Erfüllung seiner Forderungen, so sind es die Kriegsschuldigen. Die Vermutungen sollen so lange in den Akzenteilen bleiben, bis sie gänzlich ausgeblendet sind. Ungleichheit in den Gehältern, Löhnen usw. mit den Regierungstruppen sollen ausgeglichen werden. Auch die Entschädigung wird eine bessere.

+ **Zur österreichischen Gesandte über die Anschlußfrage.** Der deutsch-österreichische Gesandte Professor Hartmann hielt in Wien eine Rede, in der er erklärte, jeder Deutsche müsse die Forderungen des Gewaltfriedens der Entente als unerfüllbar ansehen. Von einer „Donauverifikation“ wollen die Deutschen in Österreich nichts wissen; sie wäre auch für Deutschland eine große Gefahr. In den sechs Staaten dieser Föderation würde ständige Unruhe herrschen. Deutschland habe nicht nur in nationaler, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Interesse am Anschluß Österreichs, denn es könne spät viele deutsche Auswanderer aufnehmen. In Italien haben wir einen eifrigen Förderer des Anschlußgedankens. Trotz der Arbeit der gegenrevolutionären Elemente des alten Österreichs, die in der Schweiz ihr Weien treiben, werden wir doch zusammen kommen. Und wenn die Welt voll Teufel wäre, es wird uns doch gelingen. In Versailles und St. Germain wird darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen werden.

+ **Nachklänge zum Liebnicht-Luzernburg-Prozess.** Der im Prozeß wegen Zölung Liebnichts und der Frau Luzernburg zu längerer Freiheitsstrafe verurteilte, aber aus dem Wobler Unterdrückungsgefangnis entlassene Oberleutnant Vogel soll sich, wie die Berliner Freiheit meldet, im Haag in Holland aufhalten und die Wüste haben, von dort nach Argentinien zu emigrieren. — Seitens der Regierung sind sofort alle Schritte getan worden, um festzustellen, inwieweit die Angaben auf Wahrheit beruhen und alle etwaigen Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Frankreich.

* **Die Kammer und der Friedensvertrag.** Die Kammer nahm durch Sandaushaben einen Antrag an, der die Ernennung einer Kommission von 60 Mitgliedern vorseht, die beauftragt sind, den Gelegentwurf über den Friedensvertrag einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Schweiz.

* **Amnestieerlass des Bundesrats.** Der Bundesrat hat beschlossen, die sämtlichen nach schwebenden Strafverfahrensälle niederzulassen, die ausschließlich in der Tatfache der Teilnahme am Generalstreik ihre Ursache haben. Dagegen wird er von sich aus die Amnestie auszusprechen der Verurteilten im Generalstreikprozeß nicht gewähren.

Rumänien.

* **Der König für Anschluss an Polen.** In einer Unterredung des Königs mit dem polnischen Vertreter stellte sich heraus, daß König Ferdinand eine enge Verbindung zwischen Polen und Rumänien aufstrebt. Die Verhältnisse zwischen den beiden Staaten waren eng verbunden. Aus diesem Grunde sei es mündenswert, daß beide Staaten gemeinsame Grenzen besitzen, wodurch es möglich gemacht werden könnte, daß polnische und rumänische Truppen zwecks Schaffung eines Balles gegen den Bolschewismus sich vereinigen.

Einschluss des Postverkehrs mit Polen. Berlin. Der Betrieb auf der Glienbörnische Kreis-Polen, auf der allein der Verkehr mit dem gesamten polnischen Luftlandegebiet vermittelt wurde, ist am 23. vollständig eingestellt worden, nachdem seit 20. der Personenverkehr gesperrt war. In der Gegend von Wlala sind die Schienen ausgegraben und die Telegrafenleitungen zerstört worden. Infolgedessen hat der gesamte Post- und Telegrafenverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiet eingestellt werden müssen.

Entente-Kontrollen für alle deutschen Behörden.

Paris. Ein amerikanischer Friedensdelegierter erklärt, daß die Ausführung der Friedensbedingungen von 24 Entente-Kommissionen überwacht werden würde. Außerdem werde jeder Behörde in Deutschland ein Entente-Kontrollenrouten ausgestellt werden.

Keine Jugendsünden der Entente.

Berlin. Von zuständiger Stelle wird berichtet, daß alle Meldungen über eine Vereinstilligkeit der Entente zu Angelegenheiten lediglich Kombinationen und gänzlich unbefugte seien.

Noch ein Notentwurf von einem Monat.

Verailles. „Aventur“ glaubt, daß man noch mit einem Monat Notentwurf, Antworten und Diskussionen vor der Unterzeichnung des Präliminarfriedens rechnen darf.

Drohende neue Unruhen in Berlin.

Berlin. Bei einer etwaigen Verurteilung Lehnens rechnet man an amtlichen Stellen mit der Möglichkeit von neuen Unruhen. Man ist indessen auf jede Eventualität vorbereitet. Die Regierungstruppen sind stärker als zuvor. Da ihnen gerade in den letzten Tagen Erwidrigkeit in großer Menge ausgetrieben sind.

Den Polen ins Stammbuch.

Genf. D. Sch. Hier ist ein großer Teil der dem Oberstleutnant zugewiesenen militärischen Verfallenen ausgetrieben. Es sind dies würdevoll kampferprobte und zuverlässige Truppen, von bestem Geiste besetzt. Das gilt auch aus folgendem Gebiete der 11. Infanteriedivision des Grenzschutzes hervor. „Nicht umsofort soll das deutsche Blut geflossen sein. Wir weichen nicht freiwillig von der Stelle, auf die wir bisher gestellt waren; wir weichen auch nicht, falls Schwäche uns zürückdrückt. Wir erklären uns eins mit unseren Brüdern und werden sie niemals in der letzten Stunde der Not und Gefahr verlassen.“

Die russischen Kriegsverluste.

Moskau. Nach den Angaben der russischen Blätter sind die amtlichen Verlustangaben über die Verluste Russlands im Weltkrieg beendet worden. Danach hat Russland durch den Krieg 0,25 Millionen Menschen verloren.

Die irische Frage.

Verailles. Wie die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ erfährt, wird das irische Problem von der Pariser Konferenz nicht erörtert werden. Im übrigen sucht man die Tren auf den kommenden Völkerverbund zu verfrachten.

China greift zu den Waffen!

Paris. In ihrem Protest gegen die Übergabe Tsingtau an die Japaner erklären die chinesischen Delegierten, daß die Entente dadurch den von ihr angeblich besänftigten preussischen Geist zusammenfassend des Landes zu vernichten. Unter solchen Umständen könne China keinen Frieden schließen, sondern müsse zu den Waffen greifen.

Polnische Furcht vor einem deutschen Einmarsch.

Wien. Nach einer Meldung aus Warschau bringen die Blätter Alarmnachrichten, daß die Deutschen in Oberschlesien und Ostpreußen Truppen aufmarschieren. Die polnische Regierung habe Vorbereitungen getroffen, um im Falle eines Krieges mit Deutschland die Befehle des Landes zu vereiteln. Polnische Blätter fordern auf, man möge sich auf einen neuen Krieg vorbereiten und eine starke Armee schaffen, um die polnischen Lande von Deutschland zu befreien.

Paris. Die hiesige politische Kommission hat nach Warschau die Aufforderung gerichtet, für jeden in Oberschlesien verhafteten Polen zehn Deutsche festzunehmen, die sich in Polen anhalten. — Im übrigen treffen die Polen umfangreiche Vorbereitungen zur militärischen Befreiung von Oberschlesien.

Selbstmord. Durch die schändliche Mission, die gegenwärtig in Moskau weil, soll es Trost gelangen sein, mit Mitgliedern des indischen Nationalkongresses ein Abkommen über ein Bündnis zu treffen, das eine aufwändige Erhebung in Indien bezweckt.

Paris. „France libre“ und andere sozialistische Pariser Organe berichten, daß an der sozialistischen Kundgebung im Friedhof Père Lachaise auch Soldaten und Offiziere teilgenommen hätten, die „Mieder mit dem Krieg“ riefen.

New York. Es verlautet, daß mehrere Regentalle die Paumwolle in Südamerika so gut wie vernichtet und auch in anderen Staaten Schaden angerichtet haben.

Christiana. Norwegen kann, wie jetzt feststeht, fünfzehnhundert deutsche Kin der aufnehmen. 200 000 Kronen sind gemeldet und bedeutende Mengen von Nahrungsmitteln für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden.

Christiana. Der norwegische Storting hat einem Antrag der Regierung entsprechend einstimmig beschlossen, vierzig Tonnen, d. i. vierhundert Fass, Weizenmehl betrauen den hungernden Kindern in den kriegsführenden Ländern guttunen zu lassen.

Reval. Die estnischen Truppen machen in der Richtung Kolmar weitere Fortschritte, ebenso das Nordbalt in der Richtung auf Westersund.

Wetterausichten für Sonnabend den 31. Mai: Wenig Aenderung der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

(n) Auf Dienstag, Juni 17, ist eine außerordentliche Landesynode einberufen.

(f) Wie schon kürzlich erwähnt, wurden bei einer Witwe in Torsholt verschiedene Sachen beschlagnahmt. Da die Polizei aber erfuhr, daß diese noch mehr „Fettigkeiten“ haben sollte, veranfaßte sie abermals eine Hausdurchsuchung. Dieselbe hatte ein gutes Ergebnis. Etwa 10 Minuten vom Hause der Witwe wurde eine Kiste in der Seite aufgefunden, die 4 Seiten Speck, 2 Schinken und einen Beutel mit Metzwurstien enthielt.

(p) Vom 1. Juni ab wird der Telegraphen- und Fernsprechdienst bei dem hiesigen Postamt werktags von 7 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 2 bis 8 Uhr nachmittags wahrgenommen. Außerdem wird der Postschalter bis 7 Uhr abends offen gehalten. Zur schnelleren Abfertigung des Publikums wird von 10 bis 12 Uhr mittags der zweite Postschalter geöffnet sein, wo Telegramme, Einschreibes- und Wertbriefe eingeleistet werden können.

(n) Am Himmelfahrtsfeste wurde der Gesang im Hauptgottesdienste außer durch Orgel teilweise auch durch Posaunen begleitet, wozu sich der Posaunenchor aus Ithauen eingefunden hatte. Rein und hell schlossen sich die Posaunenklänge dem Orgelton an, ohne aufdringlich hervorzutreten, was auf die feine Stimmung erheblich einwirkte. Nach dem Gottesdienste wurde draußen noch ein Lied gehalten, es war die Melodie zu: So nimm denn meine Hände. Hoffentlich hat die Gemeinde öfters die Freude, den Posaunenchor hier zu hören.

Die am Mittwoch abend in Senkens Saal abendliche Bürger-Versammlung war nur scheidt besucht. Nach längerer Einleitungsworten des Einberufers, Herrn Bankier F. Wallrichs hier, sprach Herr Behrens-Oldenburg, über reinen Parlamentarismus und berufständliche Vertretung. Seinem Vortrag legte er ganz die Denkschrift des Prof. Dr. Durckhoff, die in der Landesversammlung nicht viel Anklang gefunden hat, von Mitgliedern des Landarbeiterrats aber, zu denen auch der Referent gehört, Regierungsvertretern in Berlin zum Begutachten überreicht worden ist, zugrunde. In der darauf folgenden Debatte bezeugte der Parteisekretär der demokratischen Partei, Herr Dr. Dransfeld-Oldenburg, die betr. Schrift in Hinblick auf die in der neuen Landesversammlung festgelegte Unabhängigkeitsstellung der Minister dem Parlamente gegenüber als schon veraltet. Ebenso lehnte er unter Zustimmung fast aller Anwesenden die durch die Eingliederung der berufständlichen Kammer erhaltene Kontrollinstanz ab, die allseitig nur als Mißtrauensvotum gegen die vom Volke gewählten Abgeordneten aufgefaßt werden kann. Nach der äußerst erregten Aussprache, die zeigte, daß bei der Führerschaft der Durckhoffsche Plan keinen Beifall fand, schloß die Versammlung in später Abendstunde.

Oldenburger Landes-Bauern- und Landarbeiter-Kat. Am 20. Mai hielt der Landesverband eine Vorstandssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand eine Namensänderung. Sie wurde auf Antrag des Landarbeiter-Vertreters Jahn zu Beschluß erhoben, so daß künftig die Bezeichnungen: „Landes-Bauern- und Landarbeiter-Kat.“, „Amts-Bauern- und Landarbeiter-Kat.“ und „Gemeinde-Bauern- und Landarbeiter-Kat.“ Gültigkeit haben und angewendet sind. In der gleichen Vorstandssitzung wurde auch beschlossen, zu dem am 30. Mai d. Js. in Goslar stattfindenden Reichs-Bauern- und Landarbeiter-Tag 4 Vertreter zu entsenden und dort Anträge zu einzelnen Punkten der Tagesordnung zu stellen. Es regt sich allerorten im Vaterland mächtig unter dem Zeichen, wie Aufruf und Einladung besagen, steht: Zum Abbau der Kriegs- und Zwangswirtschaft — zum Aufbau unsrer Heimat!

In der Landgemeinde Wildeshausen ist ein Gemeindebund gegründet, der aus 7 Dorfbünden mit zusammen 431 Mitglieder besteht und sich dem Oldenburger Landbund angeschlossen hat. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Herr Bollmeier Dietrich Barjenbruch in Hanstedt, stellv. Vorsitzender: Herr Karl Wiewehrer dal., Schrift- und Kassensführer: Herr Joh. Hogebad in Dingtrop.

Nach der „Voss. Ztg.“ hat die Marine an Schiffen verloren: 1 Linienerschiff, 1 Schlachtschiff, 6 ältere Panzerkreuzer, 8 moderne und 10 ältere kleinere Kreuzer, 7 Kanonenboote, 3 Flusikanonenboote, 49 Zerstörer, 21 große und 41 kleine Torpedoboote, 28 Minensuchboote, 9 Hilfskreuzer, 122 Fischdampfer, 199 U-Boote. Die Verluste der Marine an Toten sind: Flotte: 946 Offiziere, 522 Decoffiziere und Unteroffiziere, 12 686 Mann; Marinekorps: 328 Offiziere, 1488 Decoffiziere und Unteroffiziere, 3509 Mann; in Tlingtau fielen 10 Offiziere, 33 Portepceunteroffiziere und 133 Mann.

Zum Kapitel „Wucherpreise“ wird dem „Weserbote“ geschrieben: In der Landesversammlung wurde mitgeteilt, daß man in Hamburg für einen Zentner Kartoffeln bis zu 60 Mark bezahle. Dem gegenüber möge hier angeführt werden, daß der Schreiber dieser Zeilen folgende Zahlen von zuverlässiger Seite aus Hamburg hat. Dort kostet 1 Zentner Kartoffeln bis zu 120 Mark, 1 Pfund Pierbefeisch 30 Mark und lebende Kaninchen das Pfund 8-10 Mark. Wie uns weiter von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, ist man jetzt einer neuen Art von Samstern auf die Spur gekommen, die namentlich von Bremerhaven zu uns kommen. Das sind „berufsmäßige Samstern“. (Also eigentlich nichts anderes als Schleichhändler.) Sie werden von Geldleuten abgeholt, bekommen 1,50 Mark Stundenlohn und Höchstpreise vorgezeichnet. Sie büßen für Schinken bis zu 25 Mark, für Butter bis zu 20 Mark bezahlen.

Der Verein Oldenburger Landbesitzer bittet uns um Aufnahme folgender Notiz: Auf Grund vieler Anfragen sei mitgeteilt, daß die aufzufüllenden Vermögensverzeichnisse bis zum 31. Mai ds. Js. nur aufzufüllen sind. Es ist zweckmäßig, die ausgefüllten Vermögensverzeichnisse und eine Abschrift derselben zunächst aufzubewahren. Ueber den Termin zur Einreichung ist bis jetzt noch nichts bekannt und wird seiner Zeit noch Mitteilung ergehen.

Apfelsinen und Zitronen. Man weiß, daß in Deutschland seit einiger Zeit unter den „ersten Friedenszeichen“ auch Apfelsinen und Zitronen wieder aufgetaucht sind. Diese süßigen, wohlriechenden Früchte aus dem sonnigen Süden sind nun an sich natürlich sehr erfrischend, aber minder erfrischend ist, daß unternehmende Händler und Lebensmittelmischer sofort „die Konsumtur auszunutzen“ beginnen und große Mengen solcher Süßfrüchte pöblich über die Grenze brachten. Das hat zunächst zur Folge, daß uns bei unieren sehr innigen Gebirgsmitteln die Maßlosigkeit genommen wird, andere Schwärze, die für die Volksernährung schließlich noch wichtiger sind, als Apfelsinen und Zitronen, aus dem Auslande hereinzubringen. Dann liegt die Gefahr vor, daß bei zu ungemäßer Veranfaßung große Mengen von Süßfrüchten, zumal unter den heutigen Eisenbahnverhältnissen, sich ansaufen und dem Verderben ausgeliefert sind, in einer Zeit, wo wir uns den Luxus, große Mengen Nahrungsmittel umkommen zu lassen, wirklich nicht leisten können. Und drittens und schließlich hat sich natürlich bereits der Kettenhandel des Süßfruchtgeschäfts bemächtigt, so daß für eine Apfelsine, die selbst unter den heutigen ungewöhnlichen Verhältnissen nicht mehr als 80 bis 40 Pfennig kosten dürfte, hier und da in aller Ruhe 2 Mark und mehr verlangt werden. Das Publikum säte gut, wenn es seine „Nachsichtigkeit“ bis auf weiteres auch ein wenig im Banne ließe und die lauberen oder vielmehr unlauberen Süßlerlinge ihre Apfelsinen und Zitronen einzuweisen selber eifrig ließe.

Garnhof. 30. Mai. Oestern wurde von hiesigen Jägern in Deyes Wäldchen ein Fuchsbau ausgegraben, wobei zwei junge (halbwaffen) Fuchse ans Tageslicht befördert und erlegt wurden. Die alten Fuchse hatten sich rechtzeitig gebückt.

Bad Zwischenahn. Das Tischspielhaus an der Bahnhofstraße nähert sich der Vollendung. Mittwoch konnte der Bau gerichtet werden, wie üblich, brachten junge Deerns einen Kranz, der oben im Dachstuhl angebracht wurde. Zu Anfang Sait soll es eröffnet werden.

Herr Schelling verpricht, neben dem Drama, der Tragödie und dem Lustspiel auch das Bescheidene nicht vergessen zu wollen.

Bad Zwischenahn. Wolf Sternberg hat das früher von ihm bewohnte Haus an der Wilhelmstraße, das er im vorigen Jahre an H. Jansen verkauft hatte, nun für den Preis von etwa 28 000 Mark zurückgekauft. Jansen kaufte dagegen wieder den Gasthof „zur Eiche“ in Dyrwege für 48 000 Mark.

Der Gemeinderat führte am Himmelfahrtstage seinen Rundgang um das Meer aus. GW. Nijf machte die Mitglieder auf die parkmäßig neu anzulegenden Wege aufmerksam. GW. Koopmann war der Meinung, man müsse schleunigst einen Stedlungsarchitekten mit der Ausarbeitung eines Bebauungsplanes beauftragen. Die dem Plan zugrunde liegende Idee, neue Baupläge aufzuschließen um das Meerufer für den Verkehr freizuhalten, hat unbestritten viel für sich. In manchen Stellen treten der Ausführung Bedenken entgegen, es gibt Baugelände und Ueberflutungsgebiete, die unzugänglich bleiben, andere Stellen sind in Privatbesitz übergegangen und zum Teil schon bebaut, auch da läßt sich nichts mehr erreichen. Das Beste wäre jedenfalls, die Gemeinde sichere sich einige Grundstücke unmittelbar am Meer und führe dort planmäßig die Abflüsse durch. Den Anliegern ohne weiteres das Land enteignen zu wollen, hat seine Schwierigkeiten.

Bad Zwischenahn. Die Badehaus-Gesellschaft Bad Zwischenahn, e. V., hat an den Gemeinderat die Bitte um eine vorläufige einmalige Beihilfe zu den Unterhaltungskosten gerichtet und begründet sie in Folgendem: Die Instandhaltung der Badeanstalt erfordert erhebliche Kosten, besonders da in den meisten Jahren nach dem Aufhauen des Eisens größere Schäden entstehen. Die Badpreise sind zwar erhöht worden, aber man kann sie nicht derart hinausschrauben, daß sie zur Deckung der Kosten ausreichen. Zudem ist die Gesellschaft in Ansehung ihres gemeinnützigen Zweckes gezwungen, Minderbemittelten bedeutende Ermäßigungen zu gewähren und Unbemittelten die Gebühren völlig zu erlassen. Die Gesellschaft hat eine Schuldenlast von reichlich 6000 Mark zu verzinzen, an Abflutungen ist nicht zu denken, im Gegenteil, die Schulden werden noch langsam ansteigen, weil die Einnahmen nicht im Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben stehen. Die Mitglieder haben bereits einen einmaligen Beitrag von 100 Mark eingezahlt, geben dazu einen jährlichen Beitrag von 6 Mark und haben für die Benutzung der Badeanstalt ebenfalls ihre Gebühren zu entrichten. Der Ort Zwischenahn hat als Mitglied den Kostenanteil von 100 Mark eingezahlt und verzichtet nebsther auf die Verzinsung der ihm gehörenden Grundstücke.

Das Bad wird aber nicht allein von Einwohnern des Ortes Zwischenahn in Anspruch genommen, sondern auch von der Einwohnerschaft des weiteren Umkreises; der eingeführte Schwimmerunterricht, der gleichfalls Zuschüsse erfordert, kommt der ganzen Gemeinde zugute, die Badehausgesellschaft glaubt daher mit gutem Recht, sich an die Gemeinde wenden zu dürfen.

Edewecht. In der Nacht vom 19./20. ds. Mts. sind dem Landwirt Hermann Schöder in Dierichsjepp aus einer etwa 1 Kilometer von seinem Hause entfernt

liegenden verschlossenen Bude 2 Fischkörbe, 2 1/2 Meter und 3 Meter lang, gestohlen worden. Auf die Wiedererlangung der Fischkörbe hat der Bestohlene eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt.

Wetterschips. Der am letzten Sonntag im Saale des Herrn Fr. Harms-Dierichsjepp gesungene der Oldenburger Kriegsblinden veranstaltete Gesellschaftabend hatte großartigen Erfolg, konnten doch wiederum 500 Mark eingenommen werden, wovon ein schöner Reingewinn überbleiben wird. Die Zuschauermenge, die weit über 300 betrug, sollte den Aufführungen reichen Beifall. — Hoffentlich erntet der für den nächsten Sonntag in Elsbethjepp bei Herrn H. Holzentämper geplante Abend, zu dessen Verschönerung ein erstklassiges Militärkonzert beitragen wird, und den man zu demselben guten Zweck veranfaßt, den gleichen Erfolg.

(b) Oldenburg, 29. Mai. Um den demnächst aus der Gefangenstadt heimkehrenden oldenburgischen Truppen einen freundlichen Empfang und gastliche Aufnahme zu bereiten, soll hier unter Leitung des Magistrats eine Fürsorgestelle eingerichtet werden, die den Empfang vorzubereiten hat. Sämtliche Vereine der Stadt werden sich daran beteiligen. Man betrachtet es hier als selbstverständliche Ehrenpflicht, den Truppen einen möglichst glanzvollen Empfang zu bereiten und ihnen die Leiden der Gefangenenschaft vergessen zu helfen. Die sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Munitionsanstalt erhielten zum 3. Juni ihre Kündigung. Sie brauchen an diesem Tage ihre Arbeit noch nicht gleich aufzugeben, müssen aber damit rechnen, daß sie täglich ihre Entlohnung erhalten. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher alle reichlichen Lohn erhielten, werden dadurch stillos werden. Nur ein verschwindend kleiner Teil wird in der Munitionsanstalt auch weiterhin noch beschäftigt werden.

Oldenburg. Das nächste Schwurgericht beginnt am Montag den 23. Juni ds. Js. vormittags 10 Uhr. Es sind ernannt: zum Vorsitzenden: Landgerichtsdirektor Bothe, zu dessen Stellvertreter: Landgerichtsrat Jansen, zu beisitzenden Richtern: die Landgerichtsräte Boyer u. Woge, zu Ergänzungsrichtern: Landrichter Dr. Klusmann und Gerichtsassessor Dr. Wendelschön.

Oldenburg. Eingebrochen wurde in vorletzter Nacht bei dem Kaufmann Röber an der Heiligengeiststraße. Die Diebe, es werden zweifellos mehrere gewesen sein, haben mittels Nachschlüssels oder Dietrichs die Ladenkür geöffnet und haben auf diesem Wege auch den Laden wieder verlassen. Gestohlen sind für etwa 13 000 Mark Stoffe aller Art. Da in letzter Zeit mehrere dergleichen Diebstähle mittels Nachschlüssels ausgeführt sind, dürfte den Geschäftseigenen zu empfehlen sein, ihre zum Geschäft führenden Türen von innen mit ordentlichen Niegeln zu versehen.

U. Offreesland. Warum soll ich achter stohn, wenn aus Jo bonnig in Söchte geht: gleiches Recht für alle. So de Törf, un he het sien Wille tregen. Wenn dat de Minsten genadt murr'n, da toe de Tied, as dat Moor säd sästöt anbaute, oo de, de taen ersten Mal soden brandt hebben — un een Mal is doch dat erste Mal west — wat sullen de wail seggen. Un de Törf word mit elfte Stappe van d' Moor na de Stadt düder. Wat bliff all's sleben, bevor de lütje Mann sien Herd damit higt. Uns is verstell, dat de Törfmatters an elfte Wagen 5 bet 6 M., „verbeemen“, Jo 500 bet 1000 M. in een Wäele was Jo in Klads. Wat sall dat henut? Wo lauk sall dat noch so wiedergahn? Wi sölön wail toe dubbig wesen, aber dat wail seggt wor'n: war wi noch belanden, wenn de Frieje neet hold daten, dat kann niims seggen, 't geht up 'n groot Konturs an.

(d) Beer. Der Markt am Mittwoch war gut beschickt. Trotz Anwesenheit vieler Händler blieb der Handel rau bei angedehnten Preisen. Es bebangen: hochtragende Rüge 2200-3450 M., Milchfüße 3100-3600 M., Rinder 1700-2250 M., Ferkel bis 180 M., Käuser bis 250 M.

Was dem Leserkreise.

Wo een Schnätereel maht wort, welen wi alle wail: een fuustouk genomen un dann gekult, in förtin Tied bi de Keetl klar. Do he Bestand het, dat hangt van d' Wäer od, in Januar he he betere Wäichten as in März: een Schnätereel in März is een unseker Stück Brot. Een Schnätereel bauen säd de Fünds up, de uns goede Plattbüsse Taal ut Köten un Kamer heruttoden wailen bet up den Kangel herup. 't is dat eerste Mal neet, dat wi dar'tegen anteken: dat pakt säd neet, dar mag een seggen, wat he wail. Neet einmal dat neet Testament up platt, 't is, as weent dat Hoge herunnetruden wort. So leep, as de went dat Hoge herunnetruden heersalt, „O. J.“ dat nu maht, de over de Zwischenahners heersalt, de dat Plattbüsse as Verhandlungssprate in d' Dage faen, Jo lepp is 't neet. Wo faen mit hier de Amisrichter in 'n Schöffengerichtssetzung pla t'proien, un säd blot verhandig toe maken. Man darin het he recht: hochbüds mit de Taal bienen, de alle sprekten von der Maas bis an die Memel, von der Elch bis an den Belt. Dat Plattbüsse is neet fört elf un een, dat bliff unner uns. Sefer, wi hollen uns! Wodertaal hoch, doch hoger dat Band: das uns seffelt ans größere Vaterland. Darum Rinner, gien Niet un Striet, platt is gien Sprake, platt is wieder nie as een Mundart. Dat „echte“ Keest wardt blot noch in verwateren Toestand in d, Saterland proot. Platt fört neet in de Kangel, platt fört neet in de Parlamenten; Platt un Ruus hören in Hus.

Für die Redaktion verantwortlich: Raci Eilers in Wackerstedt. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Wackerstedt.

Gottesdienstliche Nachrichten.

Kirche zu Zwischenahn. Am Sonntag Exaudi, Juni 1, 10 Uhr: Gottesdienst, danach Beizte und Abendmahl.



Freiw. Feuerwehr Westerstede.

Am Dienstag den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr,

Übung

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Hauptmann.

Soziald. Wahlverein Westerstede.

Am Sonntag den 1. Juni, nachmittags 3 Uhr,

Versammlung im „Ammerländer Hof“.

Tagesordnung:

1. Urwahl zum Parteitag in Welmur,
 2. Berichtlesen.
- Es ist Pflicht eines jeden Genossen, seine Stimme abzugeben.

Der Vorstand.

Landw. Bezugsvereinf. c. G. m. b. H.

Ocholt.

Am Sonntag den 1. Juni d. J., nachm. 5 Uhr,

in Hobbelt's Gasthaus

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbereich und Rechnungsablage,
 2. Genehmigung der Bilanz und Entlohnung des Vorstandes,
 3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns,
 4. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
- Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zur Versammlung im Hause des Geschäftsführers den Genossen zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinde Zwischenahn.

Als Kassenärzte sind zur Zeit tätig die Herren
Santitätsrat Dr. Busch,
Santitätsrat Dr. Niemann,
Dr. Rosenthal.

Als Spezialärzte:
Dr. Med. R. Dr. Scheer-Oldenburg,
Dr. Cramer-Oldenburg

für Augenleiden;
Med.-Rat Dr. Schmedden-Oldenburg,
Dr. Lucken-Oldenburg

für Nasen-, Hals-, Ohrenleiden;
Dr. Tiedering-Oldenburg

für Hautkrankheiten;
Med.-Rat Dr. Willers,
Dr. Lucken

für Frauenkrankheiten;
Dr. Hofemann für Weinsäcken.

Als Zahnärzte:
Eising und Weichardt.

Als Zahntechniker:
Brinkmann, Mähler, v. Schick,
Frau E. Scher-Oldenburg und
Frau Meyer-Westerstede.

Krankenhaus: P.-F.-L.-Hospital und auf Anordnung der Spezialärzte auch Esangel, Krankenhaus und Bluthospital.

Der Vorstand.

Kriegsbekleidungs-Berein für die Gemeinde Apen

Stb. Augustfehn.

Sonntag den 1. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr,

Monat's-Versammlung beim Kameraden zu Klampen in Apen.

Um vollständiges Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

4% Anleihe

des Freistaats Oldenburg von 1919.

Die unterzeichnete Finanzabteilung des Direktoriums des Freistaats Oldenburg hat mit dem freihändigen Verkauf einer neuen

4% Anleihe des Freistaats Oldenburg v. 1919, die zur Zurückzahlung des Aufwandes für Bauten, Investitionen und die Abtragung des Staatsbankrottens durch den Ankauf einer Hauptbahn bestimmt und durch das oldenburgische Gesetz vom 26. Mai 1919 genehmigt worden ist, die nachstehenden Banken und Bankfirmen und ihre sämtlichen Niederlassungen beauftragt:

- in Berlin: Bank für Handel und Industrie, Commerz- und Disconto-Bank, Delbrück, Schickler & Co., Direction der Disconto-Gesellschaft, Nationalbank für Deutschland;
- in Bremen: Bremer Bank, Aktiale der Dresdner Bank, Deutsche Bank, Aktiale Bremen, Deutsche Nationalbank, Kommanditg. a. Aktien; M. M. Warburg & Co.;
- in Hamburg: Deutsche Nationalbank, Kommanditg. a. Aktien, Oldenburgische Landesbank;
- in Oldenburg: Oldenburgische Spar- und Leihbank, Hofbankhaus C. & G. Ballin, W. Fortmann & Söhne;
- in Braunschweig: Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A. G., Braunschweiger Privatbank A. G.;
- in Dresden: Gebr. Arnhold;
- in Hannover: Centralgenossenschaftskasse für Niedersachsen zu Hannover, C. G. m. b. H., Landesgenossenschaftsbank, C. G. m. b. H., A. Spiegelberg;
- in Hildesheim: Hildesheimer Bank;
- in Osnabrück: Commerz-Bank;
- in Bielefeld: hannoversche Bank, vorm. Simon Heinemann;
- in Danneberg: Bremer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp., Danneberg-Bank.

Die Schuldverschreibungen sind seitens der Gläubiger unknüpfbar, sie lauten auf den Inhaber und sind mit halbjährlichen, am 2. Januar und am 1. Juli fälligen Zinszinsen versehen. Die Anleihe wird fernerweise mit anfänglich 1 Prozent in 40 Jahren Jahren durch Auslosung getilgt, und zwar erstmalig am 2. Januar 1920.

Der Staatsregierung bleibt das Recht vorbehalten, die Anleihe ferner in ihrem Gesamtbetrage wie in ihren einzelnen Teilen und in Teilbeträgen davon zur Einlösung gegen Verabreichung des Nennwertes der Schuldverschreibungen mit einer Frist von mindestens 3 Monaten zu kündigen. Die Staatsregierung hat auf dieses Recht für einen Zeitraum von 12 Jahren verzichtet, dergestalt, daß die Kündigung erstmalig am 1. Januar 1932 ausgeübt werden kann.

Die Schuldverschreibungen sind in Abschnitten von 10000 Mark, 5000 Mark, 2000 Mark, 1000 Mark, 500 Mark und 100 Mark ausgefertigt. Die Schuldverschreibungen und die Zinscheine sind bei den oben genannten Banken und deren Niederlassungen und bei den benannten Bankfirmen zu haben. Ebenso wird die künftige Auszahlung neuer Zinscheine kostenfrei erfolgen. Der erste Zinscheck ist am 2. Januar 1920 zahlbar.

Die Schuldverschreibungen können nach dem oldenburgischen Gesetz vom 20. März 1914 auf Verlangen durch Eintragung in das Staatsbuch durch Buchschulden umgewandelt werden. In diesem Falle übernimmt der oldenburgische Staat die Uebertragung der Auslosung.

Die Einführung der Anleihe an den Börsen von Berlin, Hamburg und Bremen wird fernerzeit beantragt werden. Der Verkaufspreis beträgt zur Zeit 95 Prozent unter Verrechnung der Zinszinsen.

Die Versteuerung erfolgt in vom Freistaat Oldenburg zu genehmigten Zwischenscheinen, über deren baldige öffentliche Veranschaulichung in endgültige Stücke das Erforderliche fernerzeit bekannt gemacht werden wird.

Oldenburg, im Mai 1919. Direktorium des Freistaats Oldenburg. Finanz-Abteilung: Gräpel

Defektiv- und Auskunfts-Büro, Oldenburg, Ofenerstr. 32.

Ermittlungen, Beobachtungen, Ueberwachungen, Beweismaterialbeschaffung und Auskünfte jeder Art an allen Orten streng diskret und zuverlässig. Nur beste Räte. In Referenzen.

Gasthof Mansingen

Am Sonntag den 1. Juni:

Großer Ball,

Anfang 5 Uhr, wozu freundlichst einladet Joh. Hammje.

Hollwege.

Am zweiten Pfingsttage: (nicht wie bekannt gemacht am 18. d.)

Großer Pfingstball

Eintritt 1.50 Mk., wofür freier Tanz. Es ladet freundlichst ein K. Heinemann.



Sonntag den 1. Juni, nachm. 5 Uhr,

Versammlung Der Vorstand.

Seggern.

Am zweiten Pfingsttage: **Ball,** wozu freundlichst einladet Otto Berg.

Langebrügge.

Am 1. Pfingsttage: **Früh-Konzert,** Anfang 5 1/2 Uhr, wozu freundlichst einladet E. Keilers.

Rostrup.

Sonntag den 1. Juni: **Großer Ball** wozu freundlichst einladet Fritz zu Klampen.

Helle.

Am ersten Pfingsttage: **Konzert,** Anfang 4 Uhr nachm., wozu freundlichst einladet G. Wachtendorf.

Bahnhof Etern.

Am 1. Pfingsttage nachmittags **Konzert.** Anfang 4 Uhr. Es ladet freundlichst ein D. Hemken.

Westercheps

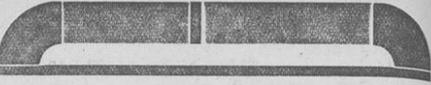
Am Sonntag den 1. Juni: **Tanzmusik,** Anfang 6 Uhr, wozu freundlichst einladet Herrn Kruse.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit herzlichen Dank!

Adolf Redelfs, Sophie Redelfs, geb. Hienen.

Unserem lieben Kollegen **Werkmeister L. Degener** und seiner Frau Gemahlin zu ihrer am 30. Mai stattgefundenen goldenen Hochzeit die besten Glückwünsche.

Der **Werkmeisterverein Augustfehn.**



Decken Sie

fröhlich Ihren Bedarf an Dreschmähren, Getreidemähren, Heuwagen, Heuwendern, Kartoffelplügen, Hack- u. Häufelplügen und was Sie sonst zur Ernte gebrauchen.

Machen Sie

einen Versuch bei mir, ich bediene Sie wirklich schnell, gut u. billig.

Georg Keil, Augustfehn.

NB. In den nächsten Tagen trifft eine weitere Sendung 40 Klg. schwerer Plüge zu Mk. 84,- das Stück ein u. ich bitte um rechtzeitige Bestellung.



Schreibgewandte Kaufleute

werden zur sofortigen Einstellung gesucht. Solche, die bereits auf militärischen Büros beschäftigt waren, werden bevorzugt.

Schriftliche Gesuche mit Gehaltsansprüchen an die **Abwicklungsstelle Roheimluft in Westerstede** erbeten. Persönliche Meldungen ebendasselbst, Wirtschaft Henken

Abwicklungsstelle Roheimluft.

Statt Karten!

Die Verlobung ihrer Tochter Helene mit Herrn Heinrich Hellwig, Seggern, und ihrer Tochter Johanne mit Herrn Carl Keil, Buchsande, beehren sich anzukündigen.

Apen, im Mai 1919.

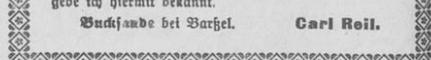
Gem.-Vorst. G. Meyer und Frau, Elise geb. Eilers.

Meine Verlobung mit Fräulein Helene Meyer gebe ich hiermit bekannt.

Seggern bei Westerstede. Heinrich Hellwig.

Meine Verlobung mit Fräulein Johanne Meyer gebe ich hiermit bekannt.

Buchsande bei Barfel. Carl Keil.



Burgforde, den 28. Mai 1919

Heute starb nach 14tägiger schwerer Krankheit unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Enkel und Neffe

Wilhelm

im beinahe vollendeten 7. Lebensjahre.

Um so härter trifft uns der Schlag, da sein lieber Vater sich schon seit Juni 1915 in französischer Gefangenschaft befindet.

In tiefer Trauer Friedrich Schnieder u. Frau Johanne geb. Rabemacher,

Fritz Schnieder, Martha Schnieder, Gerhard Schnieder, Familie Schnieder, Burgforde, Familie Harders, Gr. Sander.

Beerdigung findet am Dienstag d. 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, statt.

Ruhe sanft in Frieden!

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

Preis des Vierteljahrs frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Buchbinderläden) und in der Expedition. — Einzelnummern 85 Pf. Die einseitige Beilage (oder deren Raum) für Inseraten aus dem Programm Oldenburg 20 Pfg. für außerhalb des Programms wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile — Einzelnummern bis 3 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingekannter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rückart geht verloren, wenn Annoncen-Bekanntmachungen durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzverrichten bei Ausgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 125.

Westerstede, Sonnabend den 31. Mai 1919.

59. Jahrgang.

Zweites Blatt

Der zweite Akt.

Ein Tag vor Ablauf der verlängerten Frist werden die deutschen Gegenanschläge im West des Herrn Clemenceau sein. Das ist beginnt dann der zweite Akt der Komödie, die man sich als Versailles Friedensverhandlungen zu bezeichnen gewöhnt hat.

Oder vielmehr: der Tragödie. Denn auch vom Schicksal des deutschen Volkes abgesehen, etwas Traurigeres als diese Art und Weise, einen sogenannten Frieden zu schließen, hat es in der ganzen Weltgeschichte noch nicht gegeben. Dieser Frieden wird und muß unsehbar einen Zustand der Dinge in Europa herbeiführen, mit dem verglichen die Verhältnisse vor dem Kriege paradiesisch zu nennen sein werden. Zwischen Krieg und Revolution werden die Völker unablässig einberteln, bis es ihnen gelungen ist, diesen Wahnsinn von Versailles von sich abzuhaufeln wie ein Dornegeweide, das den ohnehin schon durch den Krieg unablässig bis auf Blut reist. Und gegen diese Zustände wird es keine Demarkationslinien geben, weder im Osten noch im Westen; sie werden sich über alle provisorisch oder dauernd besetzten Gebiete hinweg allen Völkern mitteilen, die diesen furchtbaren Krieg zu überleben hatten und denen die abgrundtiefe Weisheit der Herren in Paris jede Möglichkeit, allmählich wieder zu einer Genügend ihres Lebens zu gelangen, für ewig verweigern will. Gründe des Verstandes und des Gefühls, des Rechts und der Menschlichkeit prälen an dem härtesten Gewissen dieser Männer ab, die um keinen Zoll breit von ihren entsetzlichen, von Göttern, Mächten und Vernunftgesetzen eingetragenen Friedensbedingungen zurückweichen. Ihr Wille soll fortan das oberste Gesetz sein in der Welt, ihr Urteil der höchste Richterpruch, ihre Tat der Maßstab aller Dinge. Uns bleibt nur die Wahl, zu unterwerfen oder mit Gewalt zur Unterwerfung gezwungen zu werden. Auf Verhandlungen mit uns, wie wir sie uns gedacht haben, lassen sich die Herrschaften nicht ein.

So wird denn ein großer Teil der deutschen Delegation, die Sachverständigen und einige Minister, den Staub von Versailles von ihren Schultern abschütteln und in diesen Tagen in die Heimat zurückkehren — bis auf den Grafen Montau natürlich und seine nähere Umgebung, die ansharren muß, bis auch das Schicksal unserer Gegenanschläge endgültig entschieden ist. Wer sich in dieser Beziehung noch Illusionen gemacht haben sollte, wird durch die hohe volle Ablehnung aller unserer Einzelnoten durch den französischen Ministerpräsidenten inzwischen wohl eines besseren belehrt worden sein. Selbst er doch eben jetzt noch in seiner Antwort auf die deutschen Vorschläge zur Verständigung in der Saarfrage, daß hier eine besondere und exemplarische Wiederumwandlung gefordert werden müsse. Daß die alliierten und assoziierten Mächte nicht geneigt seien, einen anderen als den von ihnen gewählten Weg zu beschreiten und daß insbesondere ein Ausgleich, der zu einer Vermittlung von französischen und deutschen Delegierten an Röhlingstufen führen würde, gegenwärtig nicht ins Auge gefaßt werden könne — wie sollten auch die reinen Franzosen mit dem unreinen Deutschen sich auch „neutralisieren“ können! Und die Bitte des Grafen Montau um eine Mitteilung darüber, ob nicht eine mündliche Unterstützung des deutschen Ausgleichsvorschlages genommen werden könne, ist überhaupt gar nicht erst einer Antwort gewürdigt worden. So weit wollen sich die Herren bei denen nicht zu uns herablassen. Sie werden jetzt unsere Gegenanschläge „prüfen“ und dann nach ein paar Tagen mitteilen, was sie davon halten. Dann wird die Weisung folgen: Nun aber fröhlich Vogel oder Hirt! Und zu diesem Schlußakt der Tragödie, da wird man unsere Delegierten wieder vor das Angeficht der Entente-Gewaltigen hintersetzen lassen, um sich an dem Schauspiel zu weiden, wie die Bevollmächtigten eines einst so großen und mächtvollen Reiches ihre Namen unter eine Urkunde setzen, die alles, was deutsch ist, denkt und fühlt, für alle Zeiten mit unauslöschlicher Schmach bedecken soll. Wenn er das noch ersehen könnte, dann würde Herr Clemenceau sich gewiß gern zum Sterben hängen.

Wird er es erleben? Die Frage wird nun bald zu entscheiden sein, mit Zweideutigkeiten ist es nicht mehr getan. Nach wem wir hoffen, daß sich bei uns die mutigen Männer finden werden, das zu tun, was die Liebe des Volkes gebietet. Denn nichts wäre für den Deutschen, der seiner Vater würdig sein und bleiben will, schlimmer zu ertragen als ein Leben ohne Ehre. Wieder ist als Schluß!

Dr. Sp.

Deutsche Truppen unter Entente-Kommando.

Die Streitkräfte in Lettland und Litauen.

Verlin, 27. Mai. (Amtlich.)

In Spaen hatte die Regierung mitteilen lassen, sie werde ihre gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen zurückziehen. Hierzu teilte General Wandant mit, die alliierten und assoziierten Regierungen hätten beschlossen, Deutschland habe alle Streitkräfte in Lettland und Litauen aufrechtzuerhalten. Die dorthin entsandten Vertreter der Alliierten würden, den östlichen Militär-

organisationen entsprechend, den Räumungstermin bestimmen. In den Bezirken Augustowo, Suwalki und Grodno und in dem südlich der Narewa gelegenen Teil des Bezirkes Scilo habe die Zurückziehung der deutschen Truppen sofort zu beginnen. General Semra, der Chef der französischen Militärmission in Warschau, sei beauftragt, die Entscheidung der polnischen Regierung mitzuteilen und die Zurückziehung der deutschen Truppen in den genannten Bezirken zu überwachen.

Stürmische Debatte im Viererrat.

Wilson gegen Italien.

In einer der letzten Sitzungen des Rates der Vier kam es zwischen Wilson und Orlando wieder zu einem neuen heftigen Konflikt. Orlando erklärte die folgenden äußersten Forderungen in der Fiume-Frage: Fiume soll eine Freistadt werden, aber von Italien diplomatisch vertreten werden. Dalmatien, mit den Südländern gebunden mit Ausnahme der Bezirke von Bar und Sebenico. Wilson erklärte hierauf, daß Italien noch weit größere Konzessionen machen müsse. Orlando betrat sich aber auf den Londoner Vertrag, worauf Präsident Wilson sehr laut und heftig wurde. Er sprach sich über den Schaden der Geheimverträge sehr abfällig aus. Schließlich mußte Clemenceau eingreifen. Er machte Italien darauf aufmerksam, daß es für Italien sehr vorteilhaft sein würde, den Krieg durch Vereinbarungen zu beenden, die von den Vereinigten Staaten nicht unterzeichnet würden. Der Konflikt blieb ungelöst.

Vermittlung des Papstes in Paris?

Der päpstliche Botschafter beim Kaiser, v. Walsberg, hat seinen Abschied eingereicht und wird durch den frühesten Legationsrat beim Kaiser, v. Berger, ersetzt, der aber nicht mehr Preußen, sondern das Reich vertritt. Diese Nachricht bringt die Germania und fügt hinzu, um Verhandlungen mit der Entente wegen der deutschen Forderungen anzuknüpfen, habe sich Wlgr. Carotti, der Substitut des Kardinal-Staatssekretärs, nach Paris begeben. Man könne wohl mit Sicherheit annehmen, daß er darüber hinaus über den Friedensentwurf mit den Gegnern Fühlung haben wird.

Keine deutsche Vertretung im Viererrat.

Geringe Aussichten auf Verhandlungen.

Verlin, 27. Mai.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt offiziös: Durch die französische und die Berliner Presse ging in den letzten Tagen die Nachricht, daß bald gemeinsame Verhandlungen mit den Deutschen in Versailles stattfinden würden, daß es sich nicht um Vollstimmungen handeln würde, sondern um eine Abstimmung des Viererrats, der um zwei deutsche Vertreter vergrößert werden würde. In diesem diplomatischen Bericht wird ferner ausdrücklich von einer Erweiterung des Viererrats keine größere Bedeutung als die eines Vorberaters gesprochen. In Wirklichkeit hat die Entente bisher noch keinen Schritt unternommen, der auf eine Überleitung in mündliche Verhandlungen rechnen läßt.

Die Deutschschneiderei in Versailles.

Warum die meisten unserer Delegierten abreisen.

Verlin, 27. Mai. (Amtlich.)

Nach Aberlieferung der Gegenanschläge an die Entente werden die Vertreter Giesberts und Landsberg, fast alle Sachverständigen und ein großer Teil des Bureaupersonals von Versailles nach Deutschland zurückkehren, um jedenfalls solange in Berlin zu bleiben, bis die Entente die Prüfung der deutschen Gegenanschläge beendet hat. In der Zwischenzeit wird sich Deutschland dem Studium beider Vorschläge und der Möglichkeit von Verhandlungen widmen.

Die Rückkehr der beiden Reichsminister liegt begründet in der Notwendigkeit von Beratungen mit den zahlreichen in Berlin verbliebenen Sachverständigen der Friedenskommission. Die Zurückziehung eines großen Teils der Sachverständigen hat den gleichen Zweck. Nachsiegend ist aber das Sparmaßsprinzip, das sich notwendig aufdrängt. Vergewissern wir man sich, daß unsere Journalisten in Versailles täglich 70 Franc für Pension ohne Getränke zu bezahlen haben, daß diese Summe bei dem heutigen Valutakurs etwa 150 Mark ausmacht, so kann man sich vergegenwärtigen, welche Summen die Reichsregierung der Unterstützung einer mehr als 150köpfigen Kommission kostet und welche Ersparnisse jede Verringerung und jeder Tag Versäumnis bedeutet!

Die lettische Bolschewissenarmee auf der Flucht.

Das Blutbad in Riga.

Ulan, 27. Mai.

Die bolschewistische lettische Armee zieht sich unter Zurücklassung einer großen Menge Heeresgerät in völliger Auflösung zurück. Die Front verläuft jetzt von der Mündung der Ischländischen Va über Bodenposten — Gut Rutenhof ab der Düna — Volboin — Groß-Gäna nach Wankse. Nur durch das schnelle Vorkommen der Landeswehr wurde der bereits gegebene Befehl, in Riga mehrere hundert politische Gefangene, hauptsächlich vom bolschewischen

Udel, zu erschließen, verhindert. Die Bolschewisten haben im letzten Augenblick trotzdem noch neun Batterien und etwa zwanzig Frauen aus Riga erschossen. Fast alle jenseits des Mittels verbleibenden Personen sind, soweit sie nicht vorher erschossen waren, in Riga überfallen alle Postkellereien. So kostet ein Pfund Brot 32 Mark, ein Pfund Butter 128 Mark und ein Denner Kartoffeln 1000 Mark.

Die Gegenanschläge.

100 Milliarden Entschädigung. — Keine Gebietsabtretungen in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien. — Danzig Freistadt.

Die 120 Druckseiten umfassende deutsche Denkschrift, die die Gegenanschläge enthält, beginnt mit einem politischen Teil, dessen Geist und Inhalt sich kurz dahin zusammenfassen läßt: Es handelt sich für uns nicht um eine Entgegung auf alle Einzelheiten des Friedensentwurfes der Entente, sondern darum, daß Friedensvertrag auf eine neue Grundlage zu stellen. In diesem Sinne gehen die deutschen Gegenanschläge vom Völkerbund aus, in den Deutschland sofort aufgenommen zu werden fordert. Wie man sich in Deutschland den Völkerbund denkt, ist der Entente bekannt, durch den ihr überreichen deutschen Völkerbundsentwurf, der übrigens auch im Lager unserer Gegner bereits mancherlei Zustimmung gefunden hat.

Die Frage der Abrüstung.

In der Frage der Abrüstung geht Deutschland von der Voraussetzung aus, daß mindestens zwei Jahre nach Friedensschluß alle Völkerbundsstaaten entsprechende Abrüstungsbeschränkungen und die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht annehmen. Es willigt für sich schon jetzt in die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht ein und schlägt für die Übergangszeit vor, daß kein angeworbener Meer zwei Monate nach Friedensschluß 350 000 Mann, ein Jahr später bis auf weiteres 250 000 Mann betragen soll. Die Seeresorganisation wird jedem Mitgliede des Völkerbunds selbst überlassen. Deutschland geht in seinem Vorschlage noch über die Bedingungen der Entente hinaus, indem es sich

zur Abrüstung sämtlicher Linienfahrzeuge bereit

erklärt, die ihm nach den Bedingungen der Entente noch vorzulegen sollen. Dafür ersucht es aber, ihm einen größeren Teil der deutschen Handelsflotte, als vorgesehen, zu belassen. Es ist bereit, die Welttonnage durch mehr Schiffsbauten auf den deutschen Werften, als in dem Vertragsentwurf der Entente gefordert wurde, auszubessern.

Die Gebietsabtretungen.

Die deutsche Regierung vertritt den Grundsatz, daß keine Gebietsabtretungen ohne Befragung der davon betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden dürfe. Dabei dürfte auch das Interesse der daran beteiligten Bevölkerung, zu deren Ungunsten entschieden werde, nicht außer acht gelassen und nicht durch ein bloßes Abkommen erledigt werden. Infolgedessen wird eine reine Abtretung von Oberschlesien, von Teilen Ostpreußens, Westpreußens, ferner von Danzig und Memel abgelehnt. Deutschland erklärt sich bereit, den Polen vor einem Freistat (Danzig) zu gewährleisten, die Wechsel zu neutralisieren und den vollen wirtlichen Gleichberechtigung in der Benutzung der Verkehrswege auszusprechen. Deutschland bietet gleichzeitig die von der Entente nicht geforderten gleichen Leistungen im Transitverkehr über Königsberg und Memel an. Sowohl bei Oberschlesien wie bei Ostpreußen und Westpreußen betont der deutsche Gegenanschlag die Rechte Deutschlands, die sich aus der Geschichte und aus dem überwiegen deutschen Charakter der Bevölkerung ergeben. Democh soll für alle die Landesstelle die Volksabstimmung zugelassen sein unter der Voraussetzung, daß sie nach Gemeinden, freng geheim und unter den notwendigen Garantien erfolge.

Die Räumung der besetzten Gebiete müsse hauptsächlich in sechs Monaten vorgenommen werden. Die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte soll der Bevölkerung in den besetzten Gebieten voll gewährt bleiben, und der wirtschaftliche und politische Zusammenhang zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten soll wiederhergestellt werden.

Verkräftung der Schuldigen.

Die Strafbestimmungen in dem Friedensinstrument der Entente könne man nicht anerkennen. Es sei nicht angängig, deutsche Staatsangehörige, wie unter anderen der Kaiser, vor ein Gericht zu ziehen, in dem die Alliierten selbst Kläger und Richter zu gleicher Zeit seien. Deutschland schlage abermals Errichtung eines neutralen Gerichtshofes vor, vor dem alle Personen kommen müßten, die internationaler Rechtsverletzungen beschuldigt werden.

Finanzielle Schadenersatzleistungen.

Eines der wichtigsten, wenn nicht mit Rücksicht auf Deutschlands wirtschaftliche Zukunft das wichtigste Kapitel sind die Schadenersatzleistungen, zu denen sich Deutschland verpflichtet. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens soll durch freie deutsche Arbeitskräfte vorgenommen werden. Die bedeutendste Konzeption ist die, daß Deutschland sich bereit erklärt, bis zum

Nahre 1928 20 Milliarden in Goldmark zu bezahlen. Vom 1. Mai 1927 mill es in jährlichen zinsfreien Abschlagsraten einen Betrag entrichten, der in keinem Falle 100 Milliarden Mark übersteigen

darf, einschließlich der vorausbezahlten 20 Milliarden Mark. Deutschland ist außerdem bereit, die Schuld zu übernehmen, die Belgien während des Krieges bei den Alliierten aufgenommen hat, Deutschland lehnt es aber ab, die Verzinsung der Kriegsdarlehensschulden, Kriegsschuldenscheine in den Entente-Ländern auf sich zu nehmen, da sich aus ihr eine geradezu phantastische Ziffer ergeben müßte.

Die Wiedergutmachungs-Kommission.

Die Wiedergutmachungs-Kommission, die nach dem Entente-Entwurf in Deutschland unter Aufhebung aller finanziellen und wirtschaftlichen Selbstrechte regieren soll, ist für Deutschland unannehmbar. Der deutsche Gegenentwurf schlägt vor, daß für eine deutsche Kommission beigegeben werde, um die Schadenersatzansprüche usw. zu regeln. Im Falle einer Ablehnung müßte ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz angerufen werden können. Eine weitere Voraussetzung für die Erfüllung der finanziellen Ansprüche müßte eine Bestimmung sein, daß nur ein bestimmter Teil der jährlichen Reichseinkünfte für die Tilgung der Schadenersatzansprüche zur Verfügung gestellt zu werden brauche. Ferner müßte uns ein hinreichender Teil der Handelsflotte verbleiben, und endlich müßten die durch Abwanderung aus dem Reichsgebiet entzogenen Vermögen auf internationalem Wege zu ersetzen verlust werden.

Koloniale Fragen.

Für die Behandlung der Kolonialfragen wird folgendes vorgeschlagen: Unter Berufung auf Wilsons Zusicherungen einer unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und insbesondere unter Berufung auf den Grundgedanken, daß die Regelung der kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der Regierungen wie der Bevölkerung mit gleichem Gewicht erfolgen solle, wird der Vorschlag gemacht, die Kolonialfragen an einen besonderen Ausschuss zu verweisen. Die Förderung des Bestandes Deutschlands auf seine überseeischen Besitzungen ist nach der Überzeugung der deutschen Friedensdelegation mit den Abmachungen des Versailler Friedensvertrages nicht in Einklang zu bringen. Die deutsche Friedensdelegation hält vielmehr den Anspruch Deutschlands auf Wiederherausgabe seines Kolonialbesitzes als gerechtfertigt. Deutschland ist aber bereit, als ein Vorkündiger aufzukommen, in dem es sofort als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wird die Verwaltung seiner Kolonien nach den Grundgedanken des Völkerbundes zu führen, gegebenenfalls als dessen Mandatar.

Versäcker Stimmungen.

Aburteilung der Schuldigen.

Nach Londoner Berichten aus Paris haben die Alliierten eine Änderung ihrer Absicht über die strafgerichtliche Aburteilung des deutschen Kaisers, der deutschen Generale, Admirale und Politiker abgelehnt. Der Vorschlag wurde einstimmig gefast. Auf der Liste der Schuldigen stehen 128 Namen. Die Prozesse sollen innerhalb Jahresfrist nach Friedensunterzeichnung durchgeführt werden.

Man sagt . . .

Die Abreise einiger Mitglieder der deutschen Delegation aus Versailles gibt einigen Blättern der Entente Veranlassung, das Gerücht zu verbreiten, Graf Brockdorff-Rantzau werde gleichfalls abreisen und daß Graf Bernstorff in Berlin schon mit der Bildung einer neuen Delegation betraut sei, die untergehen werde, sobald Schabernack zurückgekehrt sei. Alle diese Meldungen setzen auf eine Times-Meldung zurück, daß Entente-Agenten angeblich bereits in Berlin seien und dort mit den Unabhängigen über den Friedensschluß insgeheim beraten.

Feindliche Vorbereitungen zum Aufmarsch.

Ablösung der Engländer durch Belgier.

Die belgischen Truppen haben Eupen, Morenet, Serbesthal und Naeren besetzt. In der Besetzung von Eupen, Morenet, Serbesthal und Naeren durch belgische Truppen sieht man hier eine Vorbereitung zum neuen Aufmarsch für den Fall, daß Deutschland die Unterchrift des Vertrages verweigert.

Die genannten Gebiete waren bisher von den Engländern besetzt. Die Ablösung der englischen durch belgische Truppen soll offenbar die belgische Armierung vorbereiten, wie sie im gegnerischen Vertragsentwurf vorgesehen ist.

Die Untriebe im Rheinland.

Erlaß des Ministeriums gegen die Hochverräter.

Ein Erlaß der Reichsregierung, der von sämtlichen Reichsministern unterzeichnet ist, richtet folgende Warnung an die Bewohner des Westens:

Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen. Verfassungskmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Verletzung der Provinz Rheinland vom preussischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuchs mit lebenslangem Zuchthaus oder lebenslanger Festungshaft bestraft wird.

Die Warnung der Regierung schließt mit den Worten: Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterlichen Untrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Königliche Vollziehung gegen die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat die feierliche Erklärung abgegeben, daß sie über die Loslösungsbestrebungen im Rheinland von keiner Seite unterrichtet worden sei. Das läßt die königliche Vollziehung nicht gelten und erklärt ihrerseits mit aufergewöhnlicher Schärfe:

Es ist geradezu unerhört, daß die Berliner Regierungsstreife mit dergleichen Mitteln die öffentliche Meinung freventlich zu täuschen suchen. Wenn irgend etwas die Stimmung deutsch-germanischer Rheinländer erhitzen soll, so braucht nur eine ähnliche Methode befolgt zu werden. Wir stellen hier in ungezügelter Weise fest, daß den amtlichen Stellen in Berlin, wie auch der Friedensdelegation in Spaan entsprechende Mitteilungen vor und nach den Verhandlungen gemacht worden sind. Nach heute ist uns bestätigt worden, daß die vorerwähnten Mitteilungen den zuständigen Stellen der Reichsregierung und der Friedensdelegation rechtsgültig zugegangen sind.

Man darf gespannt sein, wie sich die amtlichen Stellen an dieser fotografischen Erklärung verhalten werden. — Die gesamte ältere Arbeiterschaft hat auf die Nachricht von der beabsichtigten Ausruferung der Republik Rheinland einen eintägigen Proteststreik mit großen Demonstrationen veranstaltet.

Ein Einblick in die Wadenschafften.

Nach zuverlässigen Berichten haben die Verhandlungen über die Gründung einer rheinischen Republik in Mainz bei dem französischen General Mangum stattgefunden. Dort erklärte man dem Hauptvorsführer, Redakteur Froberg von der Rheinischen Volkszeitung, wenn die Errichtung eines rheinischen Freistaates sich durchsetzen lasse, hätten die Franzosen nichts dagegen. Die Franzosen würden die Zustimmung des besetzten Gebietes von Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen, das sie augenblicklich die wichtigste Aufgabe Frankreichs. Die Franzosen sind aber entschieden, daß die Bewegung noch keine weitere Form gegeligt hat. Der General legte die Frage vor, was geschehe, wenn der Friede nicht unterzeichnet würde, und warte, die Franzosen würden im besetzten Gebiet eine Proklamation an das Volk richten und fragen, ob das Volk Krieg oder Frieden haben wolle? In die Frage, was dann die Bevölkerung tun würde, erklärte die Abordnung, das könne sie nicht sagen, da manne erst das Volk befragen werden. Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages behauptete die Errichtung eines Volksstaates. Auf die Frage Mangums, was geschehe, wenn der Friede unterzeichnet würde, sagte Froberg, dann würde sich alles erfüllen, wie es im Friedensvertrage vorgesehen ist. Wenn aber die Bildung eines Freistaates unter diesen strengen Verhältnissen nicht gelingen sollte, müßten wertvolle Geisteskräfte entziehen. Mangum glaube, daß sich eine Lösung finden lasse, um die Republik zu gründen, er selbst wolle nach Paris schreiben, um von der beabsichtigten Proklamation Mitteilung zu machen.

Altenstein. In dem, die hiesige Schießschar behandelt den Prozeß, bei der bekanntlich beim Truppenantritt im Dezember der Hauptmann Wag erschossen wurde, wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Winkler wurde wegen vorsätzlichen Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungsakten wurde nicht in Anrechnung gebracht.

Die Brandkatastrophe in Ludwigsbafen. Bei der Brandkatastrophe in den prächtigen Lagerhallen in Ludwigsbafen, die als Kaserne für die französischen Kolonialtruppen dienen, konnten viele marokkanische Soldaten nur durch einen Sprung aus dem Fenster in den Rhein ihr Leben retten. Wie nummehr feststeht, werden 80 Soldaten vermisst. Große Mengen von Nahrungsmitteln der französischen Besatzung sind verbrannt. Der Schaden beträgt einige Millionen. Die Mannheimer Feuerwehren beteiligten sich auf Wunsch der französischen Behörden an den Lösungsarbeiten.

Unter freundschaftlicher. In den letzten Tagen haben französische Patrouillen in den Ostschiffen, die dem besetzten Gebiet benachbart sind, aber zur neutralen Zone gehören, umhergekreist. In verschiedenen Orten haben die Franzosen hierbei eine Anzahl Deutsche, die Uniform tragen, aber keine Entlassungspapiere bei sich hatten, festgenommen und nach Höchst gebracht. Inzwischen hat das französische Kommando weitere Streifen durch Patrouillen im neutralen Gelände auf Besuche der deutschen Behörden unteragt. Die gesamte Bevölkerung von Höchst vom 16. Lebensjahre an mußte sich auf Befehl des französischen Oberkommandos einer Wacheninspektion unterziehen, weil im Kranzhaus in Höchst ein Wadenfall vorgenommen war.

Schleichhandel mit Schußzeug. Wie aus Düsseldorf berichtet wird, nimmt der Schleichhandel mit Schußwaren aus dem besetzten Gebiet immer größeren Umfang an. Ein Zeichen dafür, welche Vorräte dort vorhanden sind, so wurde auf einem Düsseldorf-Elterbahnhof innerhalb weniger Tage der zweite Waggon mit solchen Schußwaren beschlagnahmt und der Schußhandelsgeheimlichkeits zugestuft. An dergleichen Schießungen ist, wie täglich festgelegt werden kann, regelmäßig deutsches Eisenbahnpersonal der Übergangsstationen beteiligt.

Standrecht gegen den Fleisch-Schleichhandel. General Maerker in Leipzig hat eine Verordnung zur Bekämpfung des Schleichhandels mit Fleisch und über die Regelung des Fleischverkaufs erlassen. Die in der Verordnung gegen den Fleisch-Schleichhandel angeführten Verbrechen und Vergehen unterliegen der staatsgerichtlichen Aburteilung. Dasselbe gilt auch für die Fleischabgabe in den Gasthäusern und Geldstätten, die nur gegen Fleischmarken erfolgen darf. Wer Fleisch ohne Marken abgibt, hat die sofortige Schließung seines Betriebes auf zwei Wochen, im Wiederholungsfall bis zu drei Monaten zu gewärtigen. Auch auf die Vermittlung von Fleischhandels-geschäften sind hohe Strafen angedroht.

Wachwandler nach Europa. Nach Meldungen aus Amerika scheint die Rückwanderung nach Europa großen Umfang anzunehmen. Alle nach Europa bestimmten Dampfer sind überfüllt mit Südländern, Iriehen und Italienern. Ihre Gelderparnisse nehmen sie mit, so daß die amerikanischen Banken vor ein schweres Problem gestellt sind. Bereits 800 Millionen Dollar sollen von den Rückwanderern in amerikanischen Banken abgehoben worden sein.

Der Flug über den Ozean vollendet. Das amerikanische Luftschiff „N. C. 4“, Führer Read, ist am Dienstag um 10,17 von den Azoren aufgestiegen und abends 8 Uhr in Lissabon ohne Zwischenfall angekommen. Damit ist der erste Flug über den Ozean vollendet. Die Entfernung dieser letzten Etappe beträgt 910 Seemeilen. Das mit vier je 500-Pferdekraften Viermotoren ausgerüstete Luftschiffboot hatte am 16. Mai 11,6 abends Neufundland mit seiner sechsstündigen Besatzung verlassen, war am 17. Mai 1,25 nachmittags in Lissabon auf der Azoreninsel Faial gelandet und hatte also die erste Flugstrecke von 2485 Kilometer in 14 Stunden 19 Minuten bewältigt. Am gleichen Tage hatte es dann noch das etwa 300 Kilometer entfernte Ponta Delgada auf San Miguel (Azoren) in zwei Stunden erreicht und war dort tagelang durch Sturm und Regen festgehalten worden. Für die Gesamtstrecke von etwa 4285 Kilometer sind rund 26 Stunden reiner Flugzeit benötigt worden, was einer Durchschnitts-Reisegeschwindigkeit von 170 Kilometer für der Stunde entspricht.

Zwischen Haß und Liebe.

Morgan von Erich Ebenstein.

Der Mann langweilte sich zum Sterben. Sein Klient verließ seit zwei Tagen das Haus gar nicht mehr. Es scheint, daß er gemerkt hat, was los ist, und sich der lästigen Beobachtung entziehen will. Obwohl ich, um nicht aufzufallen, alle paar Stunden meinen äußeren Menschen umkämpfte, erachtete er Weizner. Dieser schüttelte den Kopf und verzog spöttisch die Lippen. Das wäre nun gerade das, was vermieden werden sollte. Wo klemmt Sie sich denn übrigens un, Wiesler? Der Polizist wies auf eine nahe Biegel. Dort. Es wird jetzt nicht gearbeitet darin und ich habe mir alles Nötige durch einen Kollegen, der sich mit mir in die Beaufsichtigung zu teilen hat, beschaffen lassen. Und wenn Ihnen der Baron entwischt, während Sie sich umkleiden? Unmöglich! Sehen Sie denn die Lage der Biegel nicht? Man kann von dort aus die Villa und den Eingang fortwährend im Auge behalten! erklärte Wiesler stolz. Eben darum habe ich sie als Schlupfwinkel gewählt. Dann begreife ich nur nicht, warum Sie zehnmal die Kleidung wechseln, so muß es in dieser nur von Willen besetzten stillen Gegend doch schon auffallen, daß sich überhaupt stets ein Unbekannter hier herumtreibt! Oh, dieser Baron ist nicht so hell, wie Sie glauben, Herr Weizner. Er merkt vielleicht etwas, aber sicher ist er seiner Sache gewiß nicht. Ich finde es immerhin auffallend, daß er sein Haus seit zwei Tagen nicht verläßt. Was ist er sonst für ein Mensch? Nun, ein Kirchenlicht nicht, wie ich schon sagte. Im übrigen ein wenig Sonderling, nervös, überpauert, gar nicht beliebt bei der Dienerschaft.

Konnten Sie etwas über sein Verhalten erfahren? Nichts weiter, als was ich bereits meldete. Er gilt als Streber und Wachsamkeit ist immer maßgebend gewesen und besitzt keinen einzigen wirklichen Freund. Ich bin übrigens überzeugt, daß er der Mann ist, den wir suchen. Er hat etwas Scheues in seinem Blick, besonders seit ein paar Tagen, nämlich seit er dunkel abnt, daß man ihn beobachtet. Wie war es damals mit seiner Abreise am Morgen des 11. November? Haben Sie darüber etwas Besonderes erfahren? Nein. Er fuhr mit dem Morgens um sechs Uhr nach Wien. Die Nacht vorher verbrachte er allein in der Villa, denn er hatte die Leute fast mit Gewalt zu einer Unterhaltung gezwängt, die irgendwo stattfand. Er gab vor, endlich einmal völlig ungestört schlafen zu wollen — seit einiger Zeit lit er nämlich an Schlaflosigkeit —, man hat dann aber trotzdem die ganze Nacht über Licht in seinem Zimmer geblieben. Als er den Bahnhof betrat, trug er eine Handtasche, er traf dort zufällig mit einem Bekannten zusammen, der dann die Reise nach Wien mit ihm in demselben Abteil machte. Wissen Sie, wie dieser Herr heißt? Jawohl, der Stationsvorstand kennt ihn sehr gut. Ein Herr von Buchlau? Buchlau? Weizner fürte es fast und wackte seinen Kollegen erregt am Arm. Unmöglich! Sie müssen falsch gehört haben! Mein Gott, was haben Sie denn? Warum soll es denn unmöglich sein? Der Stationsvorstand kennt doch Herrn Buchlau und erinnert sich sehr wohl jenes Morgens am 11. November. Aber der Portier des Hotels, in dem Buchlau wohnte, bekannte auf das Bestimmteste, Buchlau habe sein Zimmer vom 10. abends bis 14. früh nur auf Minuten verlassen! Oh, oh! sollten wir es hier noch mit einem Mitschuldigen zu tun haben? Was meinen Sie, Herr Weizner? Weizner antwortete nicht. Seine Nerven befanden sich

in höchster Erregung, sein Stirn arbeitete fieberhaft. Buchlau und Wienenus kamen einander also! Ersterer hatte sich heimlich nach Wien begeben. Warum? Warum so heimlich, daß es sogar dem Portier entgangen war? Und an dem selben Tage waren in Wien die Gistendungen zur Verfügung gegeben worden! Hielt man alles zusammen, so kamen die Tatsachen fast einem Schuldbeweis gleich. Was haben Sie weiter über das Verhalten der beiden ermittelt? meldete er sich endlich wieder an den Polizisten. Wienen sie nach der Ankunft in Wien zusammen? Wohin gingen sie? Was taten sie? Ich habe mich nur um die Schritte des Barons gekümmert, Herr Weizner! Dabei erfuhr ich, daß Wienenus nach seiner Ankunft in Wien einen Wagen nahm und allein in seine Wohnung fuhr. Dort blieb er bis abends, ohne mit jemand zusammenzutreffen. Mit der Schußwunde erhielt er die Gistwillen, die er anfangs nicht zu beachten schien. Um acht Uhr speiste er mit Freunden bei Sacher und kehrte gegen elf Uhr heim. Am nächsten Morgen fühlte er sich angeblich unwohl, ließ sich krank melden und blieb bis zehn Uhr zu Bett. Um zwölf Uhr ab er mit einigen Kollegen im Stephansfeld, wobei Herr von Diemer der Gistendungen erwähnte. Von diesem Morgen an war Wienenus ein anderer Mensch. Krankhaft aufgebracht, ruhelos, fehn. Er nahm Urlaub. Bald war er in Baden, bald in Wien. Gut, gut, das interessiert mich nun nicht. Sagen Sie mir lieber, ob Sie bei ihren Nachforschungen nicht auf einen kleinen schwächlichen Franzosen stießen, mit dem Wienenus in Verbindung stand? Einen Franzosen? Warten Sie mal . . . mir ist als ob jemand von der Dienerschaft hier mir erzählt hätte . . . halt, ich hab's! Jawohl, ein Franzose war als Obergärtner in der Villa Lusia angestellt, wurde aber am Anfang des Monats wegen Unregelmäßigkeiten plötzlich entlassen. Was? Wie hieß er? (Fortsetzung folgt)

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis des Vierteljahres durch die Post fünf Mark bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postmarken und Handbrevetsätze nebst Befehlungen einzeln bezogen 50 Pf. für die einjährige Abgabe (über deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pf., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pf. Reklamen kosten 75 Pf. Die 7. und 8. Uhr Vormittags am jeweiligen Dienstage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unversandt zurückgebliebener Briefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Manuskripten bei Abgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 126

Westerheide, Sonntag den 1. Juni 99

59. Jahrgang

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. Mai. In einer Note des Reichsministers Erzberger an die Waffenstillstandskommission in Spa wird erneut Protest gegen die französischen Umtriebe in der Belgien erhoben.

Berlin, 29. Mai. Während die Franzosen, Engländer und Amerikaner bisher noch keine Veranlassung gefunden haben, ihren Willkür den von ihnen vorauszusetzenden Entwürfen eines Gewaltfriedens vollinhaltlich und wörtlich zur Kenntnis zu bringen, sind in Deutschland bereits verschiedene vollständige Ausgaben des Textes des Entwurfs der Entente, sowie seiner wörtlichen Übersetzung erschienen. Soeben hat die Deutsche Liga für den Völkerverbund eine neue Volksausgabe dieser Friedensforderungen der Entente, und zwar eine vollständige revidierte deutsche vollständige Fassung des amtlichen französischen Textes, ebenso wie des amtlichen englischen Textes der Friedensbedingungen der Entente zu einem sehr billigen Preis herausgegeben. Damit sind auch neue in der Öffentlichkeit wiederholt, glauben zu machen, daß man auch in Deutschland unterlassen habe, die von der Entente betriebene Sabotage am wirksamen Völkerverbund so leicht zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Berlin, 29. Mai. Von ausländischer Seite wird erklärt die feindlichen Reaktionen haben die Erklärung der Entente als sachlich verurteilend, die deutsche Kriegsangelegenheiten bei Friedensschluß mit dem Hinweis verweigert, daß unter ihnen sich ein Mißverständnis befindet, der eine französische Botschaft umgebracht hat. Diese Verurteilung ist vom Standpunkt der Gerechtigkeit her unbillig, denn unter den gerichtlich verurteilten feindlichen Kriegsangelegenheiten, zu denen Entente sich in Deutschland im Waffenstillstandsvertrage verpflichtet, befinden sich zahlreiche Verbrechen. Allein bei den über 3000 gerichtlich bestraften Franzosen lagen u. a. folgende Straftaten vor:

- 3 Totschüsse,
- 25 gefährliche Körperverletzungen, davon 4 mit tödlichem Ausgange,
- 278 tätliche Angriffe auf Vorgesetzte,
- 155 Sittlichkeitsverbrechen, darunter widernatürliche Unaufricht und Mißbrauch Minderjähriger,
- 15 Brandstiftungen,
- 355 Diebstähle,
- 61 Unterschlagungen,
- 31 Meineide usw.

Die Erfüllung der deutschen Forderung auf restlose Entlassung, auch der gerichtlich bestraften Kriegsangelegenheiten, würde also nur dem früher vom Präsidenten Wilson vertretenen Grundgedanken der Gerechtigkeit entsprechen.

Berlin, 28. Mai. Der Zentralrat der deutschen Republik hat einen Beschluß angenommen, in dem es unter anderem heißt: Die Friedensbedingungen sind von unerhörter Härte und daher in ihrer gegenwärtigen Form unannehmbar. Der Zentralrat ist der Meinung, daß es sich bei nicht um Annehmen oder Ablehnen handelt, sondern darum, durch Verhandlungen einen Frieden der Verständigung und Verständigung herbeizuführen. Ein Abstoßung soll nicht berufen werden. Der Zentralrat tritt ferner für die Verhinderung der kommunalen Arbeiterräte ein.

Rotterdam, 28. Mai. Die hiesigen Blätter veröffentlichten einen Aufruf hervorragender niederländischer Persönlichkeiten, in dem auf die Gefahr hingewiesen wird, die durch die Hungersnot in Mitteleuropa die politische Sicherheit des ganzen Erdteils bedroht. Es wird gefordert, sofortige Mithilfe aller Gefangenen, umfangreiche schnelle Zufuhr von Lebensmitteln, Viehfutter und Rohstoffen nach Europa, sowie die sofortige Wiederherstellung des freien Weltverkehrs.

Verailles, 28. Mai. Gestern nachmittag sind 10 Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, hauptsächlich Sachverständige nach Deutschland zurückgereist, da ihre Aufgabe, die Ausarbeitung der Denkschrift, erledigt ist.

Verailles, 28. Mai. Graf Kautsky hat namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift mit einer kurzen Begleitnote übermittelt. Der Rest der Denkschrift ist zugleich mit einer erläuternden Memorandum übergeben worden.

Verailles, 28. Mai. Temps meldet, daß der Vierzehnter sofort nach Überreichung des deutschen Gegenentwurfs Schlüsse diesen gleichzeitig mit den ausländischen Ausschüssen prüft wird.

Der Wiederentwurf des Entwurfs, zu welchem General Smuts und Keynes für England, Louchet und Lardoux für Frankreich zugezogen wurden, begann seine letzten Ergänzungen der finanziellen Bestimmungen der Friedensverträge mit Österreich, sowie mit der Abschließung der belgischen, serbischen und rumänischen. Aus Veranlassung der französischen Delegation scheint der Entwurf sich darauf einzustellen, diese Staaten von der Beschaffung von Österreichern, belgischen, serbischen, rumänischen zu befreien. Dagegen erklären sich diese Staaten bereit, an den Kosten teilzunehmen, welche durch ihre Be-

freiung entstanden sind.

Der Kolonialausdruck prüfte, wie Temps meldet, die italienischen Forderungen in Afrika. Es scheint danach festzuhalten, daß Italien bedeutende Grenzveränderungen in Libyen erhalten wird, wo Frankreich ihm das Gebiet, durch welches die Straße von Ghadames nach Nabl geht, sowie die weiter südlich vorrührenden Gebietswinkel abtreten wird. England scheint gewillt, das Suratal abzutreten. Die Verständigung über die italienischen Forderungen betreffend Schibuti und Enalich-Somaliland scheint schwieriger zu sein. Nichtsdestoweniger wollen Frankreich und England auch für die italienischen Interessen eine befriedigende Lösung finden; selbstverständlich wird Frankreich auf seine Souveränität in Schibuti nicht verzichten.

Paris, 28. Mai. (Reuter.) Es verlautet, daß die Deutlichen gegenüber den Forderungen der Alliierten eine Gegenforderung von 12 850 000 000 Mark für die durch die Blockade angedeuteten Schäden vorlesen werden.

Berlin, 28. Mai. Sicherer Vermehren nach wird der Entwurf eines Reichsgesetzes zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes erneut den Staatsanwaltern beschäftigt.

Amtterdam, 28. Mai. Im amerikanischen Repräsentantenhaus erklärten mehrere Abgeordnete, die Verteilung der deutschen Kriegsschiffschiffe sei für Amerika überaus ungerecht.

St. Germain, 27. Mai. (Wiener Korrespondenz.) Staatskanzler Mennert ließ sich vom Sachverständigen für Südamerika, Dr. Kammer über die jüngst gemeldeten Gewalttaten der Südländer in Unterjetermar und in den besetzten Gebieten eingehenden Bericht erstatten und überdies hierauf am 26. Mai folgende Note an die Entente:

Im Nachhinein vom 24. Mai gestattet sich die Friedensdelegation, neuerliche Meldungen über Vorgänge in den Grenzgebieten zwischen Deutsch-Oesterreich und Südländern zu unterbreiten. Sie beziehen sich diesmal auf Südamerika. Die hier gemeldeten Vorgänge beweisen, daß die lange Versäumnis des Friedensschlusses und die durch sie aufrecht erhaltenen Unannehmlichkeiten über die Grenzen in den umstrittenen Gebieten geradezu verwerfliche Zustände schafft. Alle Anzeichen verraten eine solche Erbitterung, daß eine Levee en masse auf beiden Seiten ausbrechen muß, wenn nicht durch sofortige Beilegung des strittigen Gebiets durch eine am Ort neutrale Macht oder durch ehebaldige Feststellung einer national gerechten und wirtschaftlich mäßigen Grenzlinie Verhütung gebracht wird. Dieser Note lagen die telegraphischen und brieflichen Mitteilungen aus dem besetzten Gebiete des Mar-Tales, Windischbaras und Gili bei.

Bern, 28. Mai. Der Bundesrat hat die Antwortnote auf die neue Blockadenote der Entente beraten. Man kam zu einer ablehnenden Entscheidung.

Saaq, 28. Mai. In einer von vielen Tausenden beachteten Versammlung der Londoner sozialistischen Arbeiter hielt der Führer Tom Mann eine Rede, in der er zur Revolution aufrief und die Arbeiterschaft ermahnte, bereit zu sein, jeden Augenblick ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Zürich, 28. Mai. Nach Schweizer Verichten ist während der letzten Kämpfe in Argentinien ein Teil der britischen Truppen zu den Argentinern übergegangen. Offenbar handelt es sich um muslimanische Truppen.

Berlin, 28. Mai. Amtlich. Wie allgemein bekannt ist, sind seit Ende Oktober die Benzinkanäle in den Provinzen von Manien und Galizien infolge der politischen Ereignisse ausgeblieben. Eine Beschaffung von Benzin von anderen Ländern ist bisher nicht möglich gewesen. Da mit der Zeit die einziehenden Einkünfte der Kohlenförderung auch die Benzolverzeugung sank, so mußten die noch vorhandenen Benzin- und Benzolvorräte in kürzester Frist zur Deckung des Bedarfs herangezogen werden. Jetzt sind die bestehenden Bestände der Kohlenförderung aufgebraucht, und man ist bis zum Zeitpunkt, wo Benzin einströmen werden kann, lediglich auf die laufende Benzolverzeugung angewiesen. Durch die letzten arden Streiks im Ruhrgebiet und in Oberschlesien sind die Kohlenfelder, die an sich schon durch die forcierte Kohlenförderung gelitten haben und nicht gründlich erneuert waren, zum Teil still gelegt worden und dadurch zusammengebrochen. Der Aufbau kann erst in 6-8 Wochen beendet sein. Während dieser Zeit ist nur mit einem Drittel der normalen Kohlenförderung, einem Viertel der Kohlenförderung zu rechnen. Es muß deshalb in den nächsten Wochen eine starke Abdriftung selbst der für die Volkswirtschaft wichtigsten Betriebe erfolgen, und zwar können nur die Betriebe, die für die Ernährung und die Kohlenförderung von äußerster Wichtigkeit sind, befreit werden. Alle anderen Verbrauchsbetriebe müssen bei der gegenwärtigen katastrophalen Lage der Volkswirtschaft stillgelegt werden. Besondere Kontrollen sind einzuführen, um den Abfluß von Benzin in den Schiffsverkehr und damit in die Volkswirtschaft minder wichtige Kanäle zu verhindern.

Böln, 28. Mai. Die Arbeit ist gestern in vollem Umfange wieder aufgenommen worden; der Generalstreik wurde abgebrochen, ohne Eingreifen der Verbandsverbände.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Rückblick.

Das war der schöne Monat Mai — in dem die Knochen sprangen — Nun ist auch seine Zeit vorbei, nun ist sein Klang vergangen. Und wenn wir heute rückwärts sehen, — so wird es sich erweisen — Er war nicht so geäußert schön, — wie ihn die Dichter preisen.

Er hat zwar wieder Flur und Hag — mit Blütenpracht umhonneu — Und hat mit einem Feiertag — so ruhevoll begonnen, — Doch bald kam die Enttäuschung schon — man sah es allermorgen — Er war ein unwidriger Patron — und lagte mit dem Regen. —

Reißt kam der Wind von Ost daher — und segte alles trocken — Und Staub lag auf dem Blütenmeer — und all den bunten Flocken — Der Landmann sah zum Himmel oft — empor mit stillem Bangen — Das Raß, auf das er stark gepößt, — blieb in den Wolken hangen. —

Das hat der Mai nicht gut gemacht — entgegen seinen Pflichten — Und lieblich lag die Maienacht — in diesem Jahr mit nichten! — Im Freien unterm Fliederbaum — da gab's den schönsten Schnupfen — Wohl dem, der im geschützten Raum — noch konnte unterhupfen. —

Man helle selbst den Pelz herbei — trotz aller Frühlingsreizen — Im wunderschönen Monat Mai — da mußte man noch heizen. — Als wiederum im Seimattal die Nachtigallen sangen — Da ist mein letztes Kapital im Feuer aufgegangen. —

Es brachte uns der Wonnemond — viel Unruh und viel Gärung — Und am politischen Horizont — noch immer keine Klärung — Der Frieden kam noch nicht herbei, — den längst wir vorbereitet — Es hat der Sturm in diesem Mai — gebräut von allen Seiten. —

Im Sturmbeuge des Monat Mai — ist manch' Protest erlungen — Des deutschen Volks Entrüstungsbüchse — ist weit hinausgedrungen. — Und wie er durch die Lande schallt — wächst auch die Hoffnung weiter, — Daß er nicht ungehört verhallt — zum Heil der Welt!

(Nachdruck verboten.)

Ernst Heiler

Aus der Seimatt — für die Seimatt.

Westerheide, 31. Mai 1919.

Wetterausichten für Sonntag den 1. Juni: Ziemlich heiter, mäßig warm, keine oder geringe Niederschläge.

* Eine Viehzählung findet am Montag, 2. Juni d. Js., im ganzen Deutschen Reich statt. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federwild und wird durch ehrenamtliche Zähler ausgeführt. —

(oc) Licht, Luft und Sonne, diese drei Hauptfaktoren unserer Gesundheit sind uns in gegenwärtiger Zeit reichlich geboten. Es wird aber von ihrem die Gesundheit fördernden Einflüsse noch viel zu wenig Gebrauch gemacht. Zwar geht man jetzt bei schönem Wetter täglich ein Stündchen spazieren — vorausgesetzt, daß man Zeit dazu hat — im übrigen aber sitzt man während des verbleibenden Restes des Tages bei sorgfältig geschlossenen Fenstern im Zimmer. Es könnte „ziehen“, wenn man das Fenster öffnet, und die Angst vor Meisen und Neusematismus ist oft geradezu unerträglich. Nichts fördert unsere Gesundheit mehr, als gerade jetzt im Frühling die reine, frische sonnendurchgläute Luft bis in den letzten Winkel unseres Zimmers eindringen zu lassen. Das Fenster dürfte von früh bis spät nicht geschlossen werden. Es steden vom Herbst und vom Winter her soviel Kälte, Krankheitskeime u. dergl. in unseren Zimmern, daß wir gar nichts besseres tun können, als den ganzen Tag über der frischen, reinen Luft Zutritt zu gestatten. Es ist dessen fndet man, namentlich auf dem flachen Lande, die Fenster Tag und Nacht hindurch stets so langlich verschlossen, als ob frische Luft giftig wäre.

* Briefempfänger, die sich strapazieren machen. Durch Befehl Joachs ist für die belesteten Gebiete der Briefverkehr mit dem unbesetzten Deutschland nur durch Postkisten gestattet. Briefe sind mit Ausnahme von Geschäftsbriefen und solchen über wichtige Familienereignisse verboten. Nun macht jetzt die belgische Kommandantur in Düsseldorf-Oberassel bekannt, daß vom 25. Mai an jeder Empfänger eines nicht erlaubten Briefes bestraft werde. Da liegt es im dringendsten Interesse der Einwohner der besetzten Gebiete, daß das ganze unbesetzte Deutschland davor gewarnt wird, Briefe — anstatt Postkisten — zu schicken. —

* Bitter, aber unüberhörbar. In einem Gefangenbrief vom 2. März 1919 heißt es: „Von den Tanzvergünstigungen in Deutschland sind wir durch die hiesigen Zeitungen genau unterrichtet. Möge das heilige Land der Treue weiterentzogen auf den Schädeln seiner Toten und den Knochen seiner Gefangenen.“ —